

## SCHWERPUNKT ZUKUNFT DES WOHLFAHRTSSTAATES

# Arbeitsmarktreformen in Europa: Vorbeugen oder Reparieren?

---

### Torben M. Andersen/Christian Keuschnigg

Torben M. Andersen: Professor für Nationalökonomie an der Universität Aarhus, Dänemark

Christian Keuschnigg: Professor für Nationalökonomie an der Universität St. Gallen und Leiter des Wirtschaftspolitischen Zentrums Wien-St. Gallen

Kontakt: christian.keuschnigg@unisg.ch

Wir danken der Bertelsmann Stiftung für finanzielle Unterstützung im Rahmen des Social Inclusion Monitor Europe Projektes

---

Der Arbeitsmarktzugang bestimmt die Chancen auf Wohlstand, Teilhabe und sozialen Aufstieg. Eine hohe Anpassungsfähigkeit der Arbeitsmärkte ist die beste Garantie, die Chancen der Innovation, Globalisierung und Alterung in Wohlstandsgewinne für alle umzumünzen. Dabei muss die Politik die richtige Abwägung zwischen vorbeugenden und korrigierenden Politikansätzen finden. Nach einer Analyse der großen Trends und Herausforderungen für die europäischen Wohlfahrtsstaaten stellen wir die wichtigsten Ergebnisse einer Befragung von 1.058 Experten in ganz Europa vor, die im Rahmen des SIM Europe Reformbarometers der Bertelsmann-Stiftung stattfand. Die Experten beantworteten detaillierte Fragen über die Dringlichkeit und die tatsächliche Häufigkeit und Qualität von Reformen in den EU-28 Mitgliedsländern in den wichtigsten Dimensionen der sozialen Inklusion.

## 1. Soziale Inklusion

Europa erholt sich von der Finanz- und Wirtschaftskrise.<sup>1</sup> Heute ist die Beschäftigung in Europa wieder auf dem Vorkrisenniveau. Die Arbeitslosenraten gehen zurück. Dahinter verbergen sich jedoch große Unterschiede innerhalb und zwischen den Ländern. Die südeuropäischen Staaten leiden weiter unter hoher

---

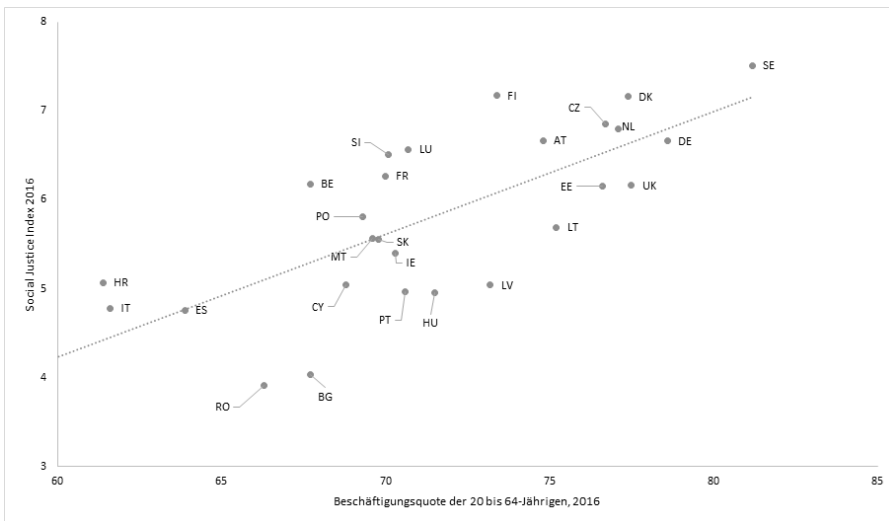
<sup>1</sup> Dies ist eine gekürzte und überarbeitete Fassung von Andersen/Keuschnigg (2017).

Arbeitslosigkeit. Die Langzeitarbeitslosigkeit hat stark zugenommen. Der Anteil der Jugendlichen, die weder beschäftigt noch in Ausbildung und Qualifikation sind, ist hoch. Die Krise hat einzelne Gruppen an den Rand gedrängt (vgl SJI 2016).

Selbst bei normalem Wirtschaftsgang wandeln sich die Arbeitsmärkte andauernd. Sie müssen mit den Megatrends wie neue Technologien, Globalisierung und Alterung fertig werden. Sie bringen potentiell große Wohlstandsgewinne, zum Beispiel in Form von zunehmender Produktivität, steigenden Einkommen, mehr Annehmlichkeiten durch neue Produkte und Dienstleistungen, und gesünderem und längerem Leben. Die Erfahrung zeigt, dass die Vorteile nicht überall ankommen und ungleich verteilt sind. Diese Trends gehen unvermeidbar mit starkem Strukturwandel einher und schaffen Gewinner und Verlierer. Die soziale Teilhabe passiert nicht automatisch. Ohne begleitende Reformen drohen gesellschaftliche Spannungen.

Hohe Beschäftigungsquoten verbessern die soziale Teilhabe, indem mehr Menschen sich selbst erhalten und ihre finanzielle Abhängigkeit abschütteln. Sie sind eine zentrale Voraussetzung für Wohlstand, geringere Ungleichheit und stabile öffentliche Finanzen. Abbildung 1 veranschaulicht einen sehr deutlichen, positiven Zusammenhang. Hohe soziale Inklusion geht mit hoher Beschäftigung einher. Eine steigende Beschäftigung kann jedoch die ökonomischen und sozialen Probleme nur begrenzt abbauen, wenn sie auf prekäre Jobs begrenzt bleibt und die Einkommen gering sind. Neben den Löhnen gehören Jobsicherheit, annehmbare Arbeitsbedingungen und eine ausgewogene Work-Life-Balance zB zwischen Beruf und Familie zu den wichtigen Qualitätsmerkmalen einer hohen Beschäftigung.

Abbildung 1: Beschäftigungsquoten und soziale Inklusion



Die Korrelation zwischen den zwei Massen ist mit 0.91 sehr hoch.

Quelle: Social Justice Index 2016, Bertelsmann-Stiftung, Eurostat

Arbeitsmarktprobleme brauchen Politiklösungen, die ökonomische und soziale Ziele austarieren. Die OECD propagiert das Konzept des inklusiven Wachstums. Die EU entwickelt eine europäische Säule sozialer Rechte mit drei Schwerpunkten: Chancengleichheit beim Zugang zum Arbeitsmarkt, faire Arbeitsbedingungen und soziale Sicherheit und Inklusion (EC, 2017). Die Hauptverantwortung liegt bei den Mitgliedstaaten, während die EU eine koordinierende und überwachende Funktion übernimmt. Wie groß ist die Reformbereitschaft in den EU-Staaten?

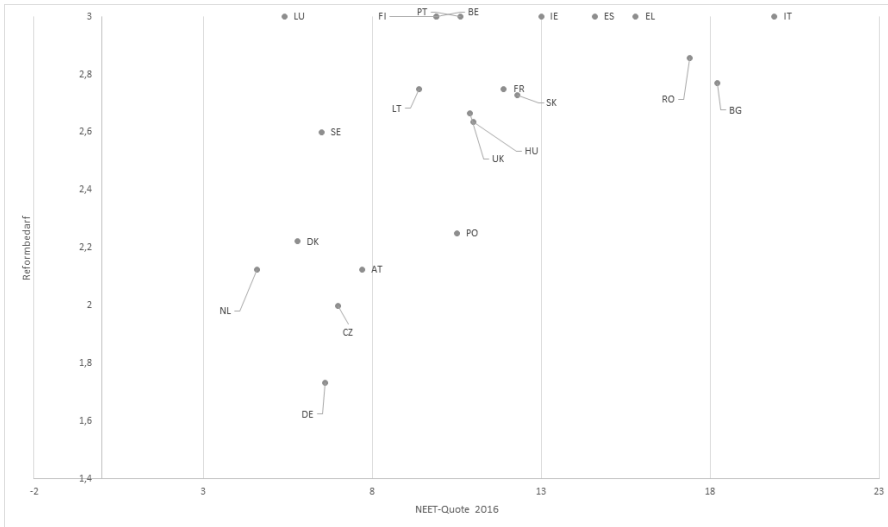
## 2. Herausforderungen und Reformbereitschaft in Europa

Das Reformbarometer SRB (2016) zur sozialen Inklusion beruht auf einer Befragung von 1.058 Experten in der EU-28 nach dem Bedarf und nach der Intensität und Qualität von Reformen. Die Experten stufen den Bedarf auf einer Skala von 0 bis 3 ein. Die Aktivität bemisst sich am Anteil der Antworten von 1 (eine Reform hat stattgefunden) anstatt 0 (keine Reform). Die Teilnehmer bewerteten die Reformqualität auf einer Skala von -2 bis +2, wonach die Reformen stark negative (-2), gemischte (0) oder stark positive Auswirkungen (+2) hätten. Die gesamte Reformleistung ist das Produkt der Aktivitäts- und Qualitätsbewertung. Nennt ein Experte eine Aktivitätsrate von 0,4 und eine Qualitätseinschätzung von 1,5, dann wäre die Reformleistung 0,6 (=0.4 x 1.5). Die Befragung betrifft die Periode Juli 2014 bis Januar 2016. Die folgenden Abschnitte erörtern die Herausforderungen in sechs Dimensionen der sozialen Inklusion und werten dann die Expertenbefragung bezüglich Reformbereitschaft der EU Mitgliedsländer aus.

### 2.1 Arbeitsmarktzugang der Jugendlichen

Die Jugendarbeitslosigkeit der unter 25-Jährigen ist im Zuge der Finanz- und Wirtschaftskrise im Durchschnitt der EU-28 von 15,9% in 2008 auf beunruhigend hohe 23,7% in 2013 angestiegen und seitdem bis 2016 wieder auf 18,7% gefallen. In Griechenland dagegen erreichte 2013 die Jugendarbeitslosigkeit 58,3%, in Italien 40%, in Portugal 38,1% und in Spanien 55,5%.

Abbildung 2: Anteil der nicht beschäftigten Jugendlichen und Reformbedarf



Bemerkung: Die NEET Quote (Not in Employment, Education or Training) bezieht sich auf die 15-24-Jährigen. Der Reformbedarf auf einer Skala 0-3 bezieht sich auf die Experteneinschätzung der Dringlichkeit einer Steigerung der Beschäftigungsquoten / Reduktion der Arbeitslosenraten in der Altersgruppe 15-24.

Quelle: Eurostat und SRB 2016<sup>2</sup>

Die Jugendarbeitslosigkeit ist vermutlich die größte gegenwärtige Bedrohung der sozialen Kohäsion in den Krisenländern. Dies schlägt sich klar in den Befragungsergebnissen nieder. Die Experten weisen dem Ziel „Steigerung der Beschäftigung und Reduktion der Arbeitslosigkeit“ unter den 15- bis 24-Jährigen die höchste Dringlichkeit und den größten Reformbedarf unter allen Politikfeldern zu. Sie berichten zwar von Aktivitäten in vielen Ländern. Diese seien jedoch ungenügend. Abbildung 2 stellt den Anteil der Jugendlichen, die weder beschäftigt noch in Ausbildung sind, dem Reformbedarf zur Steigerung der Beschäftigung von Jugendlichen (15-24-Jährige) gegenüber. Klarerweise nimmt der ermittelte Reformbedarf mit dem Ausmaß der Unterbeschäftigung der Jugendlichen zu, ist aber in allen Staaten sehr dringlich.

Bereits vor der Krise war der Anteil der unterbeschäftigten Jugendlichen (NEET-Quote) in vielen Ländern sehr hoch. Die Jugendarbeitslosigkeit erzeugt hohe individuelle und soziale Kosten. Ein erfolgreicher Berufseinstieg ist für die Arbeitsmarktchancen in späteren Jahren äußerst wichtig. Eine EU-Initiative ist

2 BE: Belgien, BG: Bulgarien, DK: Dänemark, DE: Deutschland, EE: Estland, FR: Frankreich, GR: Griechenland, IE: Irland, IT: Italien, HR: Kroatien, LV: Lettland, LT: Litauen, LU: Luxemburg, MT: Malta, NL: Niederlande, AT: Österreich, PL: Polen, PT: Portugal, RO: Rumänien, SM: San Marino, SE: Schweden, SK: Slowakei, SI: Slowenien, ES: Spanien, CZ: Tschechische Republik, HU: Ungarn, GB: Vereinigtes Königreich, CY: Zypern.

die Jugendbeschäftigungsgarantie aus 2013. Alle Mitgliedsländer sind angehalten, den Jugendlichen unter 25 innerhalb von vier Monaten nach Beginn der Arbeitslosigkeit bzw nach Abschluss der gesetzlichen Ausbildung ein Angebot an Beschäftigung, Weiterbildung und Qualifikation, oder eine Lehrstelle zu ermöglichen. Die erste Evidenz zeigt jedoch keine signifikante Wirksamkeit (vgl *Eichhorst/Rinne*, 2017). Die Jugendarbeitslosigkeit in der EU fällt nicht schneller als die durchschnittliche Arbeitslosigkeit.

Der ganze Prozess über alle Stufen des Bildungswesens ist wichtig, um die Jugendlichen mit der nötigen, arbeitsmarktrelevanten Ausbildung auszustatten. Die berufliche Lehre kann den Übergang von der Schule in den Beruf besonders wirksam befördern. Das duale Ausbildungssystem wie in Österreich und Deutschland, wo die Jugendlichen gleichzeitig eine Berufsschule besuchen und auf Lehrstellen in den Betrieben Praxisfertigkeiten erwerben, hat sich international als besonders erfolgreich erwiesen (vgl zB *Fazekas/Field*, 2013).

Der Entwurf eines sozialen Auffangnetzes für Jugendliche zwingt zu schwierigen Abwägungen. Die soziale Sicherung ist für Jugendliche besonders wichtig, weil sie mangels Einkommen noch kaum finanzielle Reserven für die Selbsthilfe ansparen konnten. Allerdings sollte die Absicherung nicht so großzügig sein, dass die Anreize zur Arbeitssuche oder zu weiteren Qualifikationen erlahmen. Die aktive Arbeitsmarktpolitik kann den Zielkonflikt zwischen Absicherung und Anreizen etwas entschärfen.

## 2.2 Innovation und Strukturwandel

Die empirische Forschung zeigt, dass Innovation tendenziell die Löhne von hoch und gering qualifizierter Beschäftigung spreizt. Zudem konzentriert sich die Arbeitslosigkeit vor allem am unteren Einkommensende mit schwacher Qualifikation. Diese Trends haben bereits die IT-Revolution in den 1990er Jahren geprägt. Nach den Schätzungen von *Krusell ua* (2000) hat der technologische Fortschritt in den USA über rund 30 Jahre (zwischen 1963 bis 1992) die Bildungsprämie (Lohnabstand) um netto 18% gesteigert. Die bildungsintensiven Kapitalinvestitionen haben die Prämie isoliert betrachtet um 60% ansteigen lassen, in der Folge hat aber ein starker Anstieg des hochqualifizierten Arbeitsangebots die Prämie wieder um 40% sinken lassen. Bildung, Qualifikation und Umschulung können also einen starken Anstieg der Lohnungleichheit verhindern. Es erscheint plausibel, dass sich dieselbe Entwicklung mit zunehmender Digitalisierung und Automatisierung durch Roboter wiederholen wird. Je schneller die Arbeitnehmer die neuen Fähigkeiten durch Ausbildung und Umschulung erwerben, desto geringer werden die Folgen für Lohnungleichheit und relative Arbeitslosigkeit sein.

Abbildung 3 vergleicht die F&E-Ausgaben in Prozent des BIPs mit dem Arbeitsmarkterfolg für hoch- und gering qualifizierten Personen. Da sich F&E nur langsam auswirkt, nehmen wir die Ausgaben von 2008. Die Löhne sind am oberen Ende der Lohnverteilung tendenziell flexibel, während am unteren Ende Lohnstarrheit herrscht. Die zunehmende Bildungsintensität sollte daher oben zu steigenden Löhnen und unten zu mehr Arbeitslosigkeit führen. Abbildung 3 zeigt, dass die Löhne von hochqualifizierter Beschäftigung, hier als Proxy die

Managerlöhne, mit höherer F&E-Orientierung deutlich steigen. Die Arbeitslosenraten der Geringqualifizierten sind aber in den innovativen Mitgliedstaaten eher geringer. Die Arbeitslosigkeit der Geringqualifizierten ist kein unvermeidliches Schicksal der Innovation.

Forschung und F&E muss mit einer Erneuerung der Humankapitalbasis zusammengehen. Die Gesellschaft soll den Arbeitenden helfen, sich dem Wandel anzupassen. Sie müssen leichter von schrumpfenden Firmen, wo die Beschäftigung unsicher und die Löhne stagnierend sind, zu den Wachstumsfirmen wechseln können.<sup>3</sup> Diese Flexibilität fördert zudem den sozialen Aufstieg. Die Aktiven steigen auf, indem sie ihre Fähigkeiten und Qualifikationen verbessern und neue Chancen ergreifen. Die Ungleichheit ist eine Herausforderung für die soziale Inklusion. Chancen auf höheres Einkommen kann es aber nur geben, wenn Einkommensunterschiede bestehen, die zu Innovation und Leistungsbereitschaft anspornen. *Aghion ua* (2015) schätzten, dass eine Zunahme von Patenten um 10% mit einem Anstieg des Einkommensanteils der Top-1% um 2,4% einhergeht. Etwa 22% der Zunahme des Top-1%-Einkommensanteils sind die Folge von Innovation. Innovation ist ein Weg zum sozialen Aufstieg. Der Fokus auf eine höhere soziale Mobilität wäre eine präventive Strategie. Je mehr den sozialen Aufstieg schaffen, desto weniger Armut gibt es. Inklusives Wachstum beruht auf Bildung, unternehmerischer Arbeit und sozialem Aufstieg (vgl. *Landersø/Heckman*, 2017).

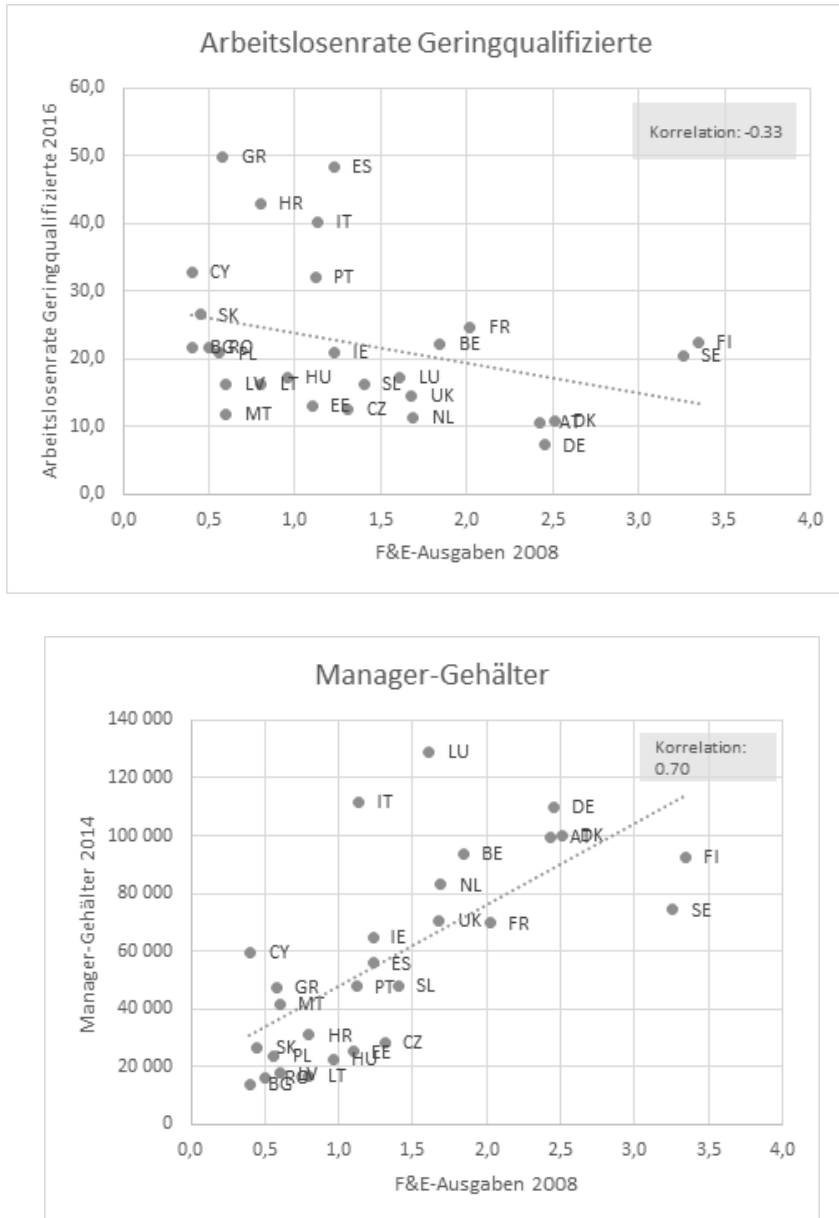
Der Schlüssel zur Begleitung von F&E und Innovation und zur Förderung der sozialen Mobilität nach oben sind die Bildungsinvestitionen von Kindergarten, Berufslehre bis hin zur universitären Ausbildung. Je näher ein Land zu den Innovationsführern aufsteigt und zur technologischen Grenze vorstößt, desto wichtiger wird die Rolle der tertiären Ausbildung und Grundlagenforschung. Da der Zufluss neu ausgebildeter Arbeitnehmer nur einen kleinen Teil der gesamten Erwerbsbevölkerung ausmacht, benötigt jede Verbesserung der frühen Ausbildung mehrere Jahrzehnte, bis sie sich auf die Qualität der gesamten Erwerbsbevölkerung auswirkt. Da Digitalisierung und Robotereinsatz die Anforderungen an die Qualifikationen sehr schnell verändern, werden Umschulung und lebenslanges Lernen umso kritischer, um die Qualifikationen der Belegschaften genügend rasch umzustellen.

Wie erfolgreich sind die EU-Staaten in der Anpassung der Wohlfahrtssysteme an die Erfordernisse einer innovativen Wirtschaft? Damit Innovation und Strukturwandel inklusiv bleiben, sind gleiche Bildungschancen und Arbeitsmarktzugang besonders wichtig. Mit einer Bewertung von 2,22 auf der Skala von 0 bis 3 sehen die Experten beim Arbeitsmarktzugang EU weit einen hohen Reformbedarf. Die Gesamtbewertung verdeckt die Unterschiede bei besonders verletzlichen Gruppen wie Geringqualifizierte und Langzeitarbeitslose, ältere Arbeitnehmer, Jugendliche, Frauen, Einwanderer und Flüchtlinge. Wenig überraschend erkennen die Experten einen besonders dringlichen Reformbedarf in Krisenstaaten wie Irland (IE) und Spanien (ES), die sich gerade von der Krise der

---

3 *Bartelsman ua* (2013) schätzen, dass im Vergleich zu einer zufälligen Zuteilung der Arbeit auf Unternehmen eine zielgerichtete Reallokation zu einer um 50% höheren Arbeitsproduktivität in der US-Industrie führt. Ein flexibler Arbeitsmarkt ermöglicht also hohe Produktivitätsgewinne.

Abbildung 3: Bildungsabhängigkeit der Löhne und der Arbeitslosigkeit in den EU-28



Eurozone erholen, und in einigen osteuropäischen Mitgliedstaaten wie Polen (PL), Litauen (LT) und Bulgarien (BG), die von relativ schwierigen Anfangsbedingungen starten. In reichen Ländern wie Niederlande (NL) und Österreich (AT) wird der Reformbedarf geringer eingeschätzt. Die Experten erkennen dagegen einen sehr dringlichen Reformbedarf in einigen großen Kernländern der EU wie Italien, Deutschland, Großbritannien und Frankreich, während sie für Tschechien und Slowakei wesentlich geringere Probleme melden.

Bezüglich einem fairen und gleichberechtigten Bildungszugang ergibt die Expertenbefragung einen positiven Zusammenhang zwischen Reformbedarf und tatsächlicher Reformleistung. Die Umfrageergebnisse zeigen tendenziell höhere Reformleistungen, wenn ein großer Reformbedarf geschätzt wird. Dabei identifiziert die Expertenmeinung einige Länder mit hoher Reformleistung **relativ** zum wahrgenommenen Reformbedarf. Das trifft zB auf Österreich, Dänemark und Portugal zu, aber auch auf einige osteuropäische Länder wie Rumänien und Bulgarien. Trotz relativ hohem Reformbedarf bleiben einige Staaten wie Italien, Spanien, Ungarn und Großbritannien weit hinter dem Benchmark zurück.

### 2.3 Krisenrobustheit, wirtschaftliche Sicherheit und Chancengleichheit

Eine zentrale Aufgabe des Wohlfahrtsstaates ist es, Einkommensrisiken zu glätten. Das verfügbare Einkommen nach Steuern und Transferleistungen soll deutlich weniger stark schwanken als das Markteinkommen. An erster Stelle sind es jedoch die Unternehmen, welche die Risiken tragen und die Arbeitnehmer „versichern“, indem sie trotz stark schwankender Erlöse gleichmäßige Löhne zahlen und die Beschäftigung aufrechterhalten. Die Unternehmen und ihre Eigentümer nehmen den Arbeitnehmern das Risiko ab. *Ellul ua* (2015) schätzen zB, dass ein Umsatzeinbruch um 10% zu einem Rückgang der Reallöhne um nur 0,5 bis 0,6% führt, während die Beschäftigung in etwa um 1,2 bis 1,9% fällt. Je mehr Risiko der Unternehmenssektor selber tragen kann, desto weniger muss der Sozialstaat beansprucht werden. Die Fähigkeit der Unternehmen, Beschäftigung und Löhne zu versichern, ist jedoch begrenzt. Die Krisenrobustheit nimmt mit guter Eigenkapitalausstattung, hoher F&E-Intensität, und flexiblen Arbeitszeitregelungen zu. Alle wirtschaftspolitischen Maßnahmen zur Stärkung der Krisenrobustheit sind eine vorbeugende Investition in die finanzielle Nachhaltigkeit des Sozialstaats.

Mit Sozialhilfe, Arbeitslosenversicherung und einem progressiven Steuersystem korrigiert der Staat im Nachhinein eine allzu große Ungleichheit und mindert das Einkommensrisiko. Das System wirkt auch als automatischer Stabilisator. Dabei ist eine schwierige Abwägung zu treffen. Je großzügiger die soziale Absicherung und der Beschäftigungsschutz sind, desto geringer werden tendenziell die Anstrengungen, vorbeugend in die eigene Jobsicherheit zu investieren bzw nach einem Jobverlust wieder intensiv nach Beschäftigung zu suchen, und desto höher sind tendenziell die Arbeitslosenraten. Dieses „moralische Risiko“ begrenzt den Umfang der sozialen Sicherung. Deshalb müssen die Ersatzehalten knapp bemessen sein, um den Einkommensabstand zwischen Beschäftigung und Inaktivität zu erhalten. Um die Dauer der Arbeitslosigkeit und damit die Verluste an Qualifikation und Arbeitserfahrung gering zu halten, sollten fi-



nanzielle Anreize mit aktiver Arbeitsmarktpolitik wie Qualifikation, Arbeitsmarktinformation, beratende Unterstützung und Kontrollen kombiniert werden.<sup>4</sup>

Der Staat sollte mehr vorbeugend handeln, um Ungleichheit und Armut von vornherein möglichst zu verhindern. Dann wird leistungsfeindliche Umverteilung im Nachhinein weniger notwendig. Die Politik kann mit einem leistungsfähigen Bildungswesen, lebenslangem Lernen und Anreizen für die Vermögensbildung die Chancen auf sozialen Aufstieg steigern. Eine zweite Priorität besteht in der Durchsetzung von fairem Wettbewerb und freiem Marktzutritt, um monopolistische Renteneinkommen und Job-Privilegien in geschützten Berufen zu beseitigen. Besserer Marktzugang begünstigt Unternehmertum, Innovation und sozialen Aufstieg. Wenn mehr Menschen die Armut hinter sich lassen und aufsteigen, nehmen Armut und Ungleichheit ab. Die Forschung zeigt, dass die Ungleichheit in der Lebensperspektive fällt, wenn Biographien wie „arm mit 20 und reich mit 60“ häufiger werden. Die soziale Kohäsion nimmt zu, wenn mehr von den Reichen sich an die armen Jahre zu Beginn ihrer Karriere erinnern.

Soziale Inklusion beruht auf einer Balance zwischen vorbeugender und korrigierender Politik. Wo stehen die EU-28 Staaten? Um die Fähigkeit zu präventiven Reformen einzuschätzen, analysieren wir die Befragungsergebnisse hinsichtlich der Gebiete Bildung, lebenslanges Lernen und Arbeitsmarktzugang. Dem stellen wir in Tabelle 1 Bedarf und Reformleistung auf Politikfeldern gegenüber, die vorwiegend korrigierend sind, wie Armutsbekämpfung und Umverteilung.

EU weit scheint der Reformbedarf in den Aufgaben Reduktion der Ungleichheit (2,32) und Verbesserung des Arbeitsmarktzugangs (2,23) am dringlichsten. Im Hinblick auf Ungleichheit stufen die Experten die Reformleistung, gemessen an der Qualität und Häufigkeit von Reformen, sehr niedrig ein. Die Regierungsleistungen bei der Verbesserung des Arbeitsmarktzugangs erscheinen leicht besser. Eher erstaunlich ist, dass die Experten EU weit keinen besonders Reformbedarf in Sachen Bildung feststellen, aber die Reformleistungen wohlwollend bewerten. Im Ganzen sehen sie keine große Schiefelage zwischen präventiven und korrigierenden Ansätzen. Allerdings schwankt die Einschätzung des Reformbedarfs und der Reformleistung ganz erheblich zwischen den Mitgliedstaaten. Dies dürfte unterschiedliche Anfangsbedingungen und institutionelle Charakteristika widerspiegeln. Die Mitgliedstaaten mit dem größten bzw kleinsten Reformbedarf und mit der besten bzw schlechtesten Reformleistung wechseln sich je nach Politikfeld ab, so dass keine eindeutigen Rollenmodelle oder Nachzügler herausstechen.

---

4 Die EU-Kommission propagiert das Konzept der Flexicurity (EC, 2007). Das Konzept kombiniert eine ausgebauten Arbeitslosenversicherung (Sicherheit) mit einem massvollen Beschäftigungsschutz (Flexibilität) und einer aktiven Arbeitsmarktpolitik (Anreize und Unterstützung).

Tabelle 1: Resilienz und soziale Inklusion

		Reformbedarf	Reformleistung
<b>Präventive Reformen</b>	<b>Alle Bildungsniveaus</b>		
	Beste Bewertung Bedarf (BG)	1,38	0,61
	Beste Bewertung Leistung (IE)	2,57	1,22
	EU-Durchschnitt	1,92	0,42
	Schlechteste Bewertung Bedarf (IE)	2,57	1,22
	Schlechteste Bewertung Leistung (UK)	2,23	-0,12
	<b>Lebenslanges Lernen</b>		
	Beste Bewertung Bedarf (DK)	1,10	0,36
	Beste Bewertung Leistung (MT)	2,41	0,46
	EU-Durchschnitt	2,02	0,23
	Schlechteste Bewertung Bedarf (BG)	2,54	0,34
	Schlechteste Bewertung Leistung (IT)	2,22	0,00
	<b>Arbeitsmarktzugang</b>		
	Beste Bewertung Bedarf (RO)	1,85	1,21
	Beste Bewertung Leistung (RO)	1,85	1,21
	EU-Durchschnitt	2,23	0,32
	Schlechteste Bewertung Bedarf (ES)	2,73	0,03
	Schlechteste Bewertung Leistung (HU)	2,17	-0,09
		<b>Reformbedarf</b>	<b>Reformleistung</b>
<b>Korrektive Reformen</b>	<b>Armutsprävention</b>		
	Beste Bewertung Bedarf (DK)	1,38	-0,09
	Beste Bewertung Leistung (LU)	2,06	0,78
	EU-Durchschnitt	2,01	0,29
	Schlechteste Bewertung Bedarf (BG)	2,44	0,54
	Schlechteste Bewertung Leistung (UK)	2,34	-0,10
	<b>Ungleichheit</b>		
	Beste Bewertung Bedarf (SK)	2,88	0,33
	Beste Bewertung Leistung (BG)	2,43	0,91
	EU-Durchschnitt	2,32	0,19
	Schlechteste Bewertung Bedarf (ES)	2,69	-0,03
	Schlechteste Bewertung Leistung (GR)	2,59	-0,56

Quelle: SIM RB 2016

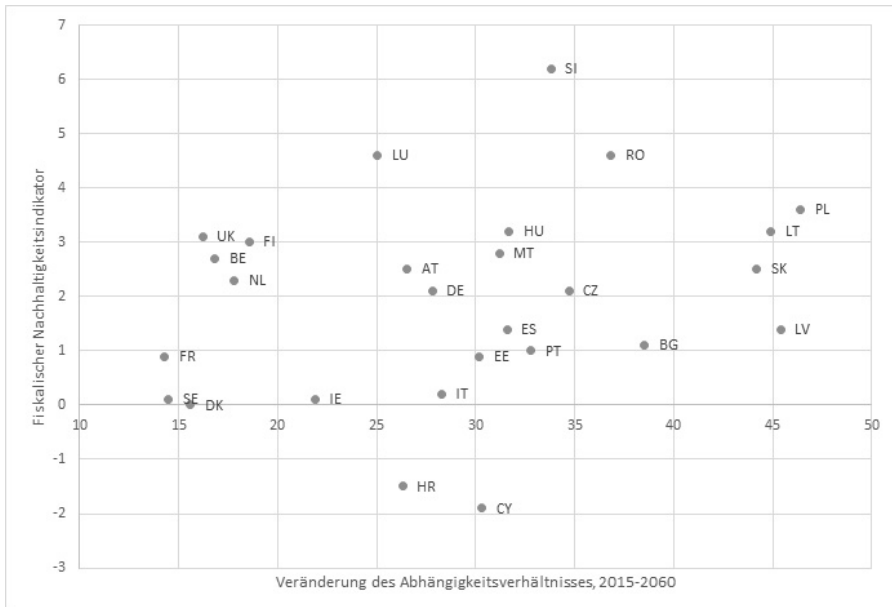
## 2.4 Arbeit, Teilhabe und Wohlfahrt in der alternden Gesellschaft

Die Alterung schreitet fort. Die Abhängigkeitsquote misst das Verhältnis der 0-14- und der über 65-Jährigen zur Erwerbsbevölkerung der 15-64-Jährigen

und soll von 53% in 2013 auf 78% in 2060 ansteigen (EC, 2014). Der schwächste Anstieg von 52% auf 66% soll in Irland stattfinden, die Slowakei erwartet den stärksten Anstieg von 40% auf 87%. Die steigende Lebenserwartung ist der Treiber hinter diesen Verschiebungen. Zwischen 2013 und 2060 soll die Lebenszeit ab 65 für Männer von 17,7 auf 22,4 Jahre ansteigen, und von 21,1 auf 25,6 Jahre für Frauen. Dieser Anstieg spiegelt vorwiegend gesundes Altern wieder. Es kommen weitere gesunde Lebensjahre dazu.

Dieser Trend verspricht signifikante Wohlstandsgewinne. Längeres Leben bedeutet jedoch längeren Bezug von Leistungen, so dass ohne Korrektur ein finanzielles Ungleichgewicht im Pensionssystem wie im Gesundheitswesen droht. Die Korrektur kann auf drei Arten erfolgen: (i) höhere Beitragsleistungen; (ii) geringere Leistungsniveaus; und (iii) späterer Ruhestand. Ein Aufschub des Ruhestands verlängert die Lebensarbeitszeit und verkürzt die Bezugsdauer. Das stärkt die Beitragseinnahmen und bremst den Anstieg der Ausgaben. Wenn jedes zusätzliche Lebensjahr im selben Verhältnis auf Erwerbs- und Ruhestandsphase aufgeteilt wird wie in der Vergangenheit, dann müssen weder Beitragsätze noch Ersatzquoten groß angepasst werden.

Abbildung 4: Abhängigkeitsquote (Prozentpunkte) und fiskalischer Nachhaltigkeitsindikator



Bemerkung: Der fiskalische Nachhaltigkeitsindikator entspricht der Anpassung des Primärüberschusses in % des BIP, die notwendig ist, um langfristig das Budget auszugleichen. Das Abhängigkeitsverhältnis ist das Größenverhältnis der 0-14- und der über 65-Jährigen zur Altersgruppe der 15-64-Jährigen.

Quelle: Eurostat und EC (2015)

Die meisten EU-Staaten haben jedoch ein großes Nachhaltigkeitsproblem. Pensionsreformen haben sehr lange Vorlaufzeiten, bis sie sich auswirken. Je länger die Anpassung hinausgezögert wird, desto grösser wird die Belastung für künftige Generationen. Die meisten Länder legen den Fokus auf ein höheres Ruhestandsalter und eine Stärkung des ergänzenden privaten Pensionssparens. Eine wichtige Annahme ist, dass der Anstieg des Ruhestandsalters auch zu höherer Beschäftigung der älteren Arbeitnehmer führt. Daher sind begleitende Initiativen wichtig, damit die Beschäftigung der Älteren attraktiv bleibt. Ermutigend ist, dass die Beschäftigungsrate der 55-64-Jährigen von 2008 bis 2016 EU-weit um 10 Prozentpunkte zugenommen hat. Die Verlängerung der Erwerbslebenszeit scheint politisch und wirtschaftlich machbar.

Das Reformbarometer zeigt einen hohen Reformbedarf in der Vermeidung von Altersarmut an. Die Unterschiede in den Reformaktivitäten sind jedoch groß. Die Befragung resultiert generell in niedrigen Bewertungen der Reformqualität. Abbildung 4 stellt die Veränderung der Abhängigkeitsquote dem Indikator fiskalischer Nachhaltigkeit gegenüber. Dabei zeigt sich kein klares Bild. Einige Staaten haben trotz Alterung und einer starken Zunahme der Abhängigkeitsquote nur ein geringes Nachhaltigkeitsproblem, während andere ganz erhebliche fiskalische Probleme vor sich haben. In der jüngeren Vergangenheit sind jedoch in beinahe allen EU Staaten die Beschäftigungsquoten unter den 55-64-Jährigen merklich gestiegen, mit Ausnahme von Griechenland und Rumänien. Unter anderem haben der Anstieg des Ruhestandsalters und ein restriktiverer Zugang zu Frühpensionen diese Trendwende ermöglicht. Auch eine Verschiebung der Bildungsstruktur begünstigt den Trend, da Personen mit höherer Bildung eher später in den Ruhestand gehen. Das Problem ist bei weitem noch nicht gelöst. Nicht weniger als 70% der Experten weisen auf einen hohen oder sehr hohen Bedarf hin, bei den älteren Arbeitnehmern die Beschäftigung zu erhöhen bzw die Arbeitslosigkeit zu senken.

Die richtige Gestaltung des Ruhestandsalters ist politisch schwierig. Der Großteil der Bevölkerung altert in guter Gesundheit, aber nicht alle. Gerade gut ausgebildete und einkommensstarke Personen leben tendenziell länger. Ebenso haben Frauen eine signifikant höhere Lebenserwartung und beziehen die Pensionen meist länger. Diese Gruppen profitieren daher von einem einheitlichen Pensionsantrittsalter, was Fragen nach Gerechtigkeit und Fairness aufwirft. Die Schwierigkeit besteht darin, dass es nicht einfach ist, das Ruhestandsalter geeignet zu differenzieren. Zudem sind die Pensionssysteme in den meisten Ländern auf Vollbeschäftigte zugeschnitten. Ein flexibleres Ruhestandsregime würde dagegen eine allmähliche Reduktion der Arbeitsstunden gegen Ende der Erwerbsphase erlauben, anstatt die Personen einem abrupten Wechsel von voller Beschäftigung in den Ruhestand ohne jedes Teilzeitpensum auszusetzen.

## 2.5 Geschlechtergleichheit und soziale Normen

In vielen Ländern besteht immer noch ein beträchtlicher Lohnabstand zwischen Männern und Frauen. Ein großer Teil lässt sich auf Unterschiede in der Qualifikation, Neigung zu mehr oder weniger lukrativen Jobs, Präferenz für Teilzeitarbeit etc. zurückführen. Eine mögliche Diskriminierung stellt nur jener Teil

der Lohnlücke dar, der nicht mit ökonomischen Faktoren erklärbar ist. Der mangelnde Zugang zu Spitzenpositionen drückt ebenfalls auf den Durchschnittslohn. Der SJI 2016 berichtet, dass in allen EU-Ländern die Frauen einen wesentlich geringeren Anteil der Parlamentssitze innehaben als Männer. Während in Schweden, Finnland und Spanien die Frauen mehr als 40% der Abgeordneten stellen, macht dieser Anteil in Ungarn kaum mehr als 10% aus. Die Vertretung der Frauen in führenden akademischen Positionen oder in den Aufsichtsräten der Unternehmen ist kaum besser. Dabei bringen Frauen tendenziell unterschiedliche Kompetenzen einbringen, welche zu den typisch männlichen Kompetenzen komplementär sind und zu einer kompletteren Expertise im Aufsichtsrat beitragen (vgl. *Kim/Starks*, 2016).

Die Politik sollte weniger mit Quoten operieren, sondern an den frühen Ursachen ansetzen. Soziale Normen und Rollenmodelle in der familiären Arbeitsteilung ändern sich nur sehr langsam, genauso wie die Rollen und Positionen in der Berufswelt. Die Bildung ist von herausragender Bedeutung, wenn es darum geht, Rollenmodelle und soziale Einstellungen zu prägen. Sie führt jedoch nur mit langer Verzögerung zu merklichen Änderungen. Die Familienpolitik kann helfen, Arbeit und Familie in Einklang zu bringen. Eine große Herausforderung für die Frauen ist der Karriereunterbruch bei Geburt und Mutterschaftsurlaub. Er geht mit einem Verlust von Qualifikationen und Arbeitserfahrungen einher und kann die Karriere verlangsamen. Solche Beeinträchtigungen dürften im Hinblick auf Mutterschaft abschreckend wirken und negative Folgen für die Fertilität zeitigen.

*Olivetti/Petrongolo* (2017) haben die Auswirkungen der Familienpolitik auf Löhne und Karrierechancen von Frauen, Entwicklung der Kinder und auf die Fertilität untersucht. Wichtige Instrumente stellen die Länge der Elternzeit mit Beschäftigungsschutz; Anteil des bezahlten Teils am gesamten Elternurlaub; Höhe des Lohnersatzes; Zugang zu frühkindlicher Erziehung und Tagesstätten; und Vorkehrungen für flexible Arbeitszeiten. Bezahlter und unbezahlter Elternurlaub mit Beschäftigungsschutz zeitigt gemischte Auswirkungen, die quantitativ schwach oder insignifikant sind. Elternurlaub kann bis zu einer gewissen Länge den Frauen nützen und die Gleichstellung fördern, danach dominieren die negativen Effekte. Der Verlust von Qualifikationen und Berufserfahrung und die Entfremdung von der Arbeit kann die Karrierechancen beeinträchtigen und die Geschlechterkluft sogar vergrößern. Während gering qualifizierte Mütter merklich bessergestellt sind, wirkt der Berufsunterbruch für hoch qualifizierte Frauen klar nachteilig. Frühkindliche Erziehung und Tagesbetreuung und flexible Arbeitszeitregelungen sind mit Abstand die wichtigsten und wirksamsten Instrumente, um die Beschäftigungsquoten von Frauen zu steigern, den Lohnabstand zu den Männern zu verringern und die Fertilität zu fördern.

Wie aktiv sind die EU-Mitgliedstaaten in der Gleichstellungspolitik? Unten in Tabelle 2 aufgeführten Staaten (wegen mangelnder Rücklaufquoten sind nicht alle EU28 erfasst) sind Ungarn und Österreich weit abgeschlagen. Die Expertenbefragung bescheinigt diesen Ländern einen hohen Reformbedarf, aber eine geringe Reformleistung. Die Experten sehen auch in Italien und Frankreich einen hohen Bedarf, aber die Reformleistung, gemessen an der Häufigkeit und Qualität von Reformen, ist deutlich besser als im EU-Durchschnitt. Eher überra-

Tabelle 2: Reformbedarf und Reformleistung in der Gleichstellungspolitik

		Reformleistung	Reformbedarf	Aktivität	Qualität
BG	Bulgarien	0,74	1,60	74%	1,00
DE	Deutschland	1,00	2,00	100%	1,00
EU	Europäische Union	0,40	1,98	44%	0,74
FI	Finnland	0,28	2,00	55%	0,50
FR	Frankreich	0,50	2,33	50%	1,00
GR	Griechenland	0,00	2,13	0%	0,00
IT	Italien	0,79	2,38	56%	1,40
LT	Litauen	0,00	1,60	0%	0,00
AT	Österreich	0,32	2,40	43%	0,75
RO	Rumänien	0,22	2,25	44%	0,50
SK	Slowakei	0,59	1,38	70%	0,85
ES	Spanien	0,19	2,00	19%	1,00
HU	Ungarn	0,17	2,50	29%	0,59

Quelle: SIM RB 2016

schend ist die Bewertung der benachbarten Länder Rumänien und Bulgarien. Die Experten erkennen für Rumänien einen überdurchschnittlichen Reformbedarf, während die Reformleistung stark abfällt. In Kontrast dazu scheint Bulgarien überaus reformfreudig zu sein, obwohl der Reformbedarf deutlich geringer ist. Die in der Gleichstellungspolitik führenden Mitgliedstaaten sind anscheinend die Slowakei und Bulgarien, wo die Experten den niedrigsten Reformbedarf kombiniert mit einer starken Reformleistung feststellen.

## 2.6 Zuwanderung und Flüchtlingskrise

Im Jahr 2015 wanderten etwa 4,7 Mio. Personen in die EU ein. Davon waren 2,4 Mio nicht in der EU geboren, 1,4 Mio wanderten innerhalb der EU in ein anderes Mitgliedsland, und etwa 850.000 kehrten in ihr Heimatland in der EU zurück. Die Mobilität innerhalb der EU ist eine beabsichtigte Folge des gemeinsamen Binnenmarktes. Sie hat leicht zugenommen, wobei ein Großteil von Ost- nach Westeuropa strömt. In der Zuwanderung von außerhalb der EU dominieren Flüchtlinge und Familiennachzug. Neben humanitären Motiven spielen auch wirtschaftliche Gründe eine wichtige Rolle. Der Flüchtlingsstrom erreichte 2015 seinen Höhepunkt.

Die starke Zunahme der Zuwanderung löste heftige Debatten aus. Die Argumente betreffen meist zwei Probleme. Mindern die Zuwanderer aus Niedriglohnländern die Löhne und Beschäftigungschancen der geringqualifizierten Ar-

beitnehmer? Sind sie eine Belastung für die öffentlichen Finanzen? Die Folgen der Zuwanderung hängen aber nicht nur vom Niveau, sondern von der Zusammensetzung nach Qualifikation und anderen Merkmalen (Studierende, Familiennachzug, Wirtschaftsflüchtlinge, politisch Verfolgte etc) ab. Es ist kaum möglich, allgemeingültige Aussagen über die Folgen der Zuwanderung zu treffen.

Abbildung 5 zeigt die Beschäftigungsraten von Männern und Frauen im aktuellen Wohnsitzland nach ihrer geographischen Herkunft. Zuwanderer von außerhalb der EU-28 haben generell niedrigere Beschäftigungsquoten als die Einheimischen, vor allem bei Frauen. Dafür dürfte der hohe Anteil von Asylanten und Familiennachzügler verantwortlich sein. In jeder Herkunftskategorie sind die Unterschiede von Land zu Land (siehe Extremwerte) sehr groß, da die Struktur der Zuwanderer und die Arbeitsmarktverhältnisse im Zuwanderungsland sehr heterogen sind. In allen EU-Staaten haben Flüchtlinge niedrigere Beschäftigungsquoten als die Einheimischen, mit einem größeren Abstand bei den Frauen. Allerdings nimmt dieser Abstand tendenziell mit der Aufenthaltsdauer ab (vgl *Dumont ua*, 2016).

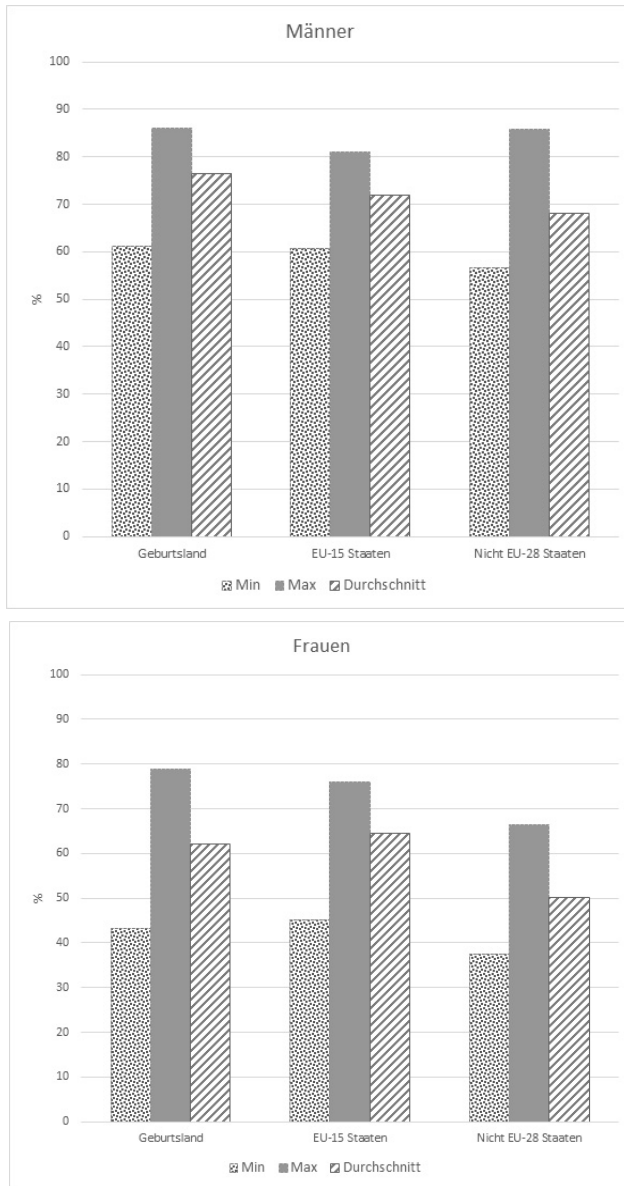
Die fiskalischen Folgen hängen eng vom Beschäftigungserfolg der Zuwanderer ab. Wer beschäftigt ist, zahlt Steuern und Sozialabgaben. Wer keine Beschäftigung hat, bezieht Unterstützung. In allen Staaten nimmt die Nettobelastung mit geringeren Beschäftigungsquoten der Zuwanderer zu, vor allem bei generösen Unterstützungsleistungen. Wenn die Zuwanderer hohe Beschäftigungsraten aufweisen, wie zB bei sehr qualifizierten Personen, dann tragen sie tendenziell sogar zu einer Verbesserung der öffentlichen Finanzen bei (siehe *OECD*, 2013).

Das Reformbarometer zeigt eine enge Korrelation von 0,61 zwischen dem Reformbedarf für eine Reduktion des Armutsrisikos und dem Bedarf zur Erhöhung der Beschäftigungs- bzw der Senkung der Arbeitslosenraten, die bei Zuwanderern und Flüchtlingen merklich enger ist (0,74). Innovation und Globalisierung führen zu bildungsintensivem Wachstum und lassen die Nachfrage nach wenig qualifizierter Arbeit nachhinken. Zuwanderung verschärft das Problem, weil damit ein zusätzliches Angebot von geringqualifizierter Arbeit auf den Markt kommt.

Die Politikinitiativen zielen zumeist auf eine Einschränkung der Zuwanderung. Die Zuwanderungspolitik der EU ist stark unter Druck geraten. Die Belastung ist nicht gleichmäßig auf die Mitgliedstaaten verteilt. Viele haben einseitige Maßnahmen ergriffen, um Zuwanderung weniger attraktiv zu gestalten oder direkt zu begrenzen. Es scheint auch ein „Wettrennen nach oben“ zu geben, indem die Zuwanderung umso weniger restriktiv gestaltet wird, je bessere Qualifikationen die Zuwanderer mitbringen. In der Zuwanderungspolitik gibt es eine klare Begründung für zentrale, koordinierende Kompetenzen, weil unilaterale Maßnahmen negative Folgewirkungen für andere Mitgliedsländer zeitigen.

Das Reformbarometer zeigt deutliche Differenzen zwischen den Mitgliedstaaten (SRB 2016). Die Experten bewerten in den EU-15 die Bewältigung der Flüchtlingssituation mit höherer Priorität als in den neuen Mitgliedsländern. Die Reformleistungen schätzen sie mäßig ein. Dabei wäre die Arbeitsmarktintegration besonders wichtig für die Chancen der Flüchtlinge und ihrer Familien. Ein verzögerter Eintritt in den Arbeitsmarkt hat lang nachwirkende, negative Folgen

Abbildung 5: Beschäftigungsraten in den EU-15 Staaten nach Geburtsland, 2016



Bemerkung: Ungewichteter Durchschnitt der Beschäftigungsraten nach Ursprungsland. „Einheimische“ sind im EU-Land geboren, wo sie aktuell arbeiten. „EU-15 Staaten“ bezieht sich auf Personen, die nicht im aktuellen Wohnsitzland, aber in einem EU-15 Land geboren sind. „Nicht EU-28 Staaten“ meint Personen mit Geburtsort außerhalb der EU-28. Min, Max und Durchschnitt sind die Extrem- und Durchschnittswerte der Beschäftigungsquoten über alle EU-28.

Quelle: Nach Daten von Eurostat



für die Beschäftigungschancen. Daher wäre eine zügige Behandlung der Asylgesuche und eine Beschäftigungserlaubnis noch während der Antragsphase wichtig. Eine IMF-Studie aus 2016 vergleicht die Asylregeln in Italien, Großbritannien, Deutschland und Schweden und stellt erhebliche Unterschiede fest. In Schweden erhalten Asylanten unter Bedingungen eine sofortige Arbeitserlaubnis, nicht aber in den anderen drei Ländern. Die Bearbeitungszeiten unterscheiden sich in der EU ganz erheblich. Zuwanderer aus Niedriglohnländern kommen relativ zu europäischen Standards oft mit großen Qualifikationslücken. Neben Sprachbarrieren ist die Anerkennung ausländischer Qualifikationen ein Problem. Ein Ansatz wären Qualifikationspfade mit geringeren Einstiegsgehältern wie in der Berufslehre oder zeitlich begrenzte Lohnsubventionen.

### 3. Fazit

Für die ganz überwiegende Mehrheit der Bevölkerung hängen die wirtschaftlichen und sozialen Chancen vom Zugang zum Arbeitsmarkt ab. Die Verfügbarkeit von attraktiven Jobs bestimmt die Aufstiegschancen. Die Spreizung der Löhne und der Beschäftigungschancen von hoch und gering qualifizierter Arbeit verstärkt die Ungleichheit und beeinträchtigt den sozialen Zusammenhalt. Wenn die Arbeitsmärkte lahmen und die Jobs für große Teile der Arbeitswilligen und vor allem für die Jugendlichen fehlen, wie in den Krisenländern der Eurozone, dann könnte eine ganze Generation verloren sein und sich radikalisieren, weil sie sich um ihre Chancen betrogen fühlt.

Die Politik wird eine Balance zwischen vorbeugenden und korrigierenden Maßnahmen finden müssen, um die Funktionstüchtigkeit der Arbeitsmärkte und die Nachhaltigkeit des Sozialstaats zu erhalten. Was ein Land an vorbeugenden Maßnahmen versäumt, muss es im Nachhinein mit sehr hohen Kosten reparieren. Eine korrigierende Politik mit Betonung der Umverteilung durch progressive Steuern und großzügige soziale Absicherung reagiert defensiv auf die auftretenden Probleme und läuft Gefahr, in einem Negativkreislauf steigender Sozialausgaben, zunehmender Steuerbelastung, lahmem Wachstum und noch größerem Korrekturbedarf zu enden. Sie geht auf Kosten zukünftiger Generationen. Eine vorbeugende Politik ist dagegen eine Investition in die Nachhaltigkeit des Sozialstaats. Ein leistungsfähiges Bildungssystem vom Kindergarten bis zur Berufslehre, der universitären Ausbildung und dem lebenslangen Lernen reduziert die sozialen Risiken, legt den Grundstein für die Aufstiegschancen und mindert die Ungleichheit.

#### Literaturverzeichnis

*Aghion, Ph./Akçigit, U./Bergeaud, A./Blundell, R./Hemous, D., Innovation and Top Income Inequality, NBER WP 21247 (2016)*

*Aiyar, Sh./Barkbu, B./Batini, N./Berger, H./Detragiache, E./Dizioli, A./Ebeke, Ch./Lin, H./Kaltani, L./Sosa, S./Spilimbergo, A./Topalova, P.*, The Refugee Surge in Europe: Economic Challenges, IMF Staff Discussion Note (2016)

*Andersen, T. M./Keuschnigg, Ch.*, Labour-Market-Reform in Europe: Repairing Problems or Investing to Prevent? Social Inclusion Monitor EU, Bertelsmann-Stiftung (2017)

*Bartelsman, E./Haltiwanger, J./Scarpetta, S.*, Cross-Country Differences in Productivity: The Role of Allocation and Selection, American Economic Review 103 (2013) 305

*Dumont, J.-Ch./Liebig, Th./Peschner, J./Tanay, F./Xenogiani, Th.*, How are Refugees Faring on the Labor Market in Europe? A First Evaluation Based on the 2014 EU Labor Force Survey Ad Hoc Module, Working Paper 1, European Commission/OECD (2016)

*Eichhorst, W./Rinne, U.*, The European Youth Guarantee: A Preliminary Assessment and Broader Conceptual Implications, CESifo Forum 18 (2017) 34

*Ellul, A./Pagano, M./Schivardi, F.*, Employment and Wage Insurance Within Firms: Worldwide Evidence, CEPR DP 10711 (2015)

*European Commission*, Towards Common Principles of Flexicurity: More and Better Jobs through Flexibility and Security, COM(2007) 359 final (2007)

*European Commission*, The 2015 Ageing Report, European Economy 8 (2014)

*European Commission*, Proposal for a Interinstitutional Proclamation on the European Pillar of Social Rights, European Parliament/Council/European Commission (2017)

*Fazekas, M./Field, S.*, A Skills beyond School Review of Germany, OECD Reviews of Vocational Education and Training, OECD, Paris (2013)

*Kim, D./Starks, L. T.*, Gender Diversity on Corporate Boards: Do Women Contribute Unique Skills? American Economic Review: Papers & Proceedings 106 (2016) 267

*Krusell, P./Ohanian, L. E./Rios-Rull, J. V./Violante, G. L.*, Capital-Skill Complementarity and Inequality: A Macroeconomic Analysis, *Econometrica* 68 (2000) 1029

*Landersø, R./Heckman, J. J.*, The Scandinavian Fantasy: The Sources of Intergenerational Mobility in Denmark and the U.S., *Scandinavian Journal of Economics* 119 (2017) 178

*Olivetti, C./Petrongolo, B.*, The Economic Consequences of Family Policies: Lessons from a Century of Legislation in High Income Countries, *Journal of Economic Perspectives* 31 (2017) 205

*Schraad-Tischler, D./Schiller, D.*, Social Justice in the EU - Index Report 2016 [SJI 2016], Social Inclusion Monitor Europe, Bertelsmann Stiftung, Gütersloh (2017)

Social Policy in the EU - Reform Barometer 2016 [SRB 2016], Social Inclusion Monitor Europe, Bertelsmann Stiftung, Gütersloh (2017)

*OECD*, The Fiscal Impact of Immigration in OECD Countries, International Migration Outlook 2013, Paris (2013)

---

**Abstract**

**JEL-No: I38, I28, J24, J26**

Labor Market Reforms in Europe: Preventing or Repairing?

Labor market access determines chances for high welfare, participation and upward social mobility. Employment and labor market flexibility are the best guarantee that the benefits of innovation, globalization and increasing life expectancy are widely shared. Policy makers need to find the right trade-off between preventive and corrective measures. We analyze the trends and challenges confronting European welfare states. We then present the most important results of a survey of 1.058 experts all over Europe, as part of the SIM Europe reform barometer of the Bertelsmann foundation. The survey includes the key dimensions of social inclusion. Experts answered detailed questions regarding need, frequency and quality of reform in the EU28 member states.

